

Richtlinien für die Übernahme von Bürgschaften zur Förderung der Berliner Wirtschaft

(Landesbürgschaftsrichtlinien — LaBürgRL —)

I. Teil: Allgemeine Bestimmungen

1. Allgemeines

- 1.1 Das Land Berlin kann im Rahmen der Ermächtigung durch das jeweilige Haushaltsgesetz, unter Beachtung der Landeshaushaltsordnung und auf der Grundlage der beihilferechtlichen Vorschriften der Europäischen Union Bürgschaften für volkswirtschaftlich förderungswürdige Vorhaben übernehmen.
- 1.2 Die Übernahme einer Bürgschaft erfolgt unter Beachtung der beihilferechtlichen Vorgaben der Europäischen Union sowie darauf beruhender nationaler Regelwerke in den zum Zeitpunkt der Bürgschaftsbewilligung jeweils geltenden Fassungen. Hierzu zählen insbesondere:
 - Art. 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV),
 - Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union – ABl. der EU L 187/1 vom 26. Juni 2014 (Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung) unter Einbeziehung der Hinweise des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie für freigestellte Beihilferegelungen, nach denen staatliche Bürgschaften vergeben werden dürfen,
 - Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen, ABl. L 352 vom 24.12.2013, S. 1 ff. (De-minimis-Verordnung),
 - Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags auf staatliche Beihilfen in Form von Haftungsverpflichtungen und Bürgschaften, ABl. C 155 vom 20.06.2008, S. 10 ff., zuletzt geändert durch Berichtigung der Mitteilung, ABl. C 244 vom 25.09.2008, S. 32 (Bürgschaftsmitteilung) und
 - Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten, ABl. C 249 vom 31.07.2014, S. 1 ff. (Rettungs- und Umstrukturierungsleitlinien) unter Berücksichtigung der Bundesrahmenregelung für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung kleiner und mittlerer Unternehmen in Schwierigkeiten,
 - Angepasste Regelung zur vorübergehenden Gewährung von Bürgschaften, Rückbürgschaften und Garantien im Geltungsbereich der Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit dem Ausbruch von COVID-19 („Bundesregelung Bürgschaften 2020“).

- 1.3 Die Übernahme von Bürgschaften für gesunde¹ Unternehmen richtet sich nach dem zweiten Teil dieser Richtlinien.
- 1.4 Die Übernahme von Bürgschaften für Unternehmen in Schwierigkeiten (im Folgenden: UiS) richtet sich nach dem dritten Teil dieser Richtlinien.
- 1.5 Ein Rechtsanspruch auf Übernahme einer Landesbürgschaft besteht nicht. Die Senatsverwaltung für Finanzen entscheidet im Einvernehmen mit der für Wirtschaft zuständigen Senatsverwaltung aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der gesetzlichen Ermächtigung.

¹ Gesunde Unternehmen sind solche, die sich nicht in finanziellen Schwierigkeiten befinden.

2 Allgemeine Bürgschaftsvoraussetzungen

- 2.1 Eine Landesbürgschaft darf nur übernommen werden, wenn der Kredit mangels der erforderlichen bankmäßigen Sicherheiten oder nach den für die kreditgebenden Institutionen verbindlichen Rechtsvorschriften sonst nicht gewährt werden kann.
- 2.2 Eine Landesbürgschaft nach diesen Richtlinien soll nicht übernommen werden, wenn der Kredit durch eine Rückbürgschaft des Landes oder durch eine parallele Großbürgschaft des Bundes und des Landes besichert werden kann.
- 2.3 Bürgschaften dürfen nur für Kredite übernommen werden, deren Rückzahlung durch die Kreditnehmerin bzw. den Kreditnehmer bei normalem wirtschaftlichen Ablauf innerhalb der für den einzelnen Kredit vereinbarten Zahlungsstermine erwartet werden kann.
- 2.4 Bürgschaften werden nur dann übernommen, wenn der gewünschte Erfolg einer wesentlichen und nachhaltigen Förderung auf andere Weise nicht erreicht werden kann und das mit der Darlehensgewährung erwartete Ergebnis in einem angemessenen Verhältnis zu den eingegangenen Risiken steht.
- 2.5 Die Kreditnehmerin bzw. der Kreditnehmer hat für die Finanzierung des Vorhabens in zumutbarem Maße Eigenmittel einzusetzen und muss in der Lage sein, noch bestehende Kreditverbindlichkeiten zu bedienen.
- 2.6 Die Gesamtfinanzierung des Unternehmens muss gesichert sein.
- 2.7 Bürgschaften dürfen auf Grundlage der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung nicht an Unternehmen vergeben werden, die einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Europäischen Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit der Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen sind, es sei denn, es handelt sich um Bürgschaften zur Bewältigung bestimmter Naturkatastrophen.

3. Antragsberechtigte

- 3.1 Gefördert werden können Berliner Betriebe. Das sind gewerbliche Unternehmen sowie Angehörige freier Berufe, die ihren Sitz im Europäischen Wirtschaftsraum haben, soweit sie in Berlin eine Betriebsstätte im Sinne von § 12 Abgabenordnung unterhalten. Investitionen, die finanziert werden sollen, müssen zugunsten der Berliner Betriebsstätte erfolgen.

- 3.2 Die Antragsberechtigten müssen vertrauenswürdig sein. Die Personen der Geschäftsleitung müssen über ausreichende fachliche und kaufmännische Erfahrungen verfügen und fähig sein, das zu fördernde Unternehmen erfolgreich zu führen. Im Einzelfall kann die Übernahme einer Landesbürgschaft davon abhängig gemacht werden, dass die Antragsberechtigten in erforderlichem Umfang eine technische oder betriebswirtschaftliche Beratung in Anspruch nehmen. Die Antragsberechtigten müssen ihren Verpflichtungen zur Abführung von Steuern und Sozialabgaben nachkommen und über ein geordnetes Rechnungswesen verfügen, welches eine Überprüfung der Wirtschaftlichkeit und Ertragslage zulässt.
- 4 Kreditgebende Institutionen
- 4.1 Die Landesbürgschaften werden gegenüber Kreditinstituten oder anderen Kapitalsammelstellen mit Sitz im Europäischen Wirtschaftsraum übernommen.
- 4.2 Die bankmäßige Betreuung, auch gegenüber dem bürgenden Land, muss sichergestellt sein. Dies kann auch durch die Einschaltung einer inländischen Treuhänderbank als Erfüllungsgehilfin der kreditgebenden Institution erfolgen.
- 5 Beauftragte des Landes
- 5.1 Ein Mandatar ist beauftragt, im Bürgschaftsverfahren für das Land Berlin treuhänderisch tätig zu werden. Der Mandatar ist zuständig für die Entgegennahme der Anträge, deren bankmäßige Bearbeitung und Begutachtung sowie für die Verwaltung und Abwicklung der übernommenen Bürgschaften.
- 5.2 Der Mandatar ist im Rahmen seines Auftrages befugt, Zahlungen zu vereinnahmen sowie Erklärungen namens und mit Wirkung für und gegen das Land abzugeben und entgegenzunehmen.
- 6 Art und Umfang der Bürgschaft
- 6.1 Für bereits ausgereichte Kredite kann eine Landesbürgschaft nicht übernommen werden.
- 6.2 Die Bürgschaft ist auf das erforderliche Maß zu begrenzen.
- 6.3 Bei Kontokorrentkrediten und Avalrahmen ist die Rückführung des Bürgschaftsobligos des Landes im Rahmen eines linear degressiven Systems, bei dem sich das Obligo in Raten von 20 v.H. des Bürgschaftsbetrages spätestens ab dem fünften Jahr nach Inanspruchnahme verringert, zu vereinbaren. Eine Verlängerung des tilgungsfreien Zeitraums um bis zu weitere vier Jahre ist nach erneuter Prüfung möglich.
- 6.4 Weitere Einzelheiten richten sich nach den allgemeinen Bedingungen für Bürgschafts- und Kreditverträge nach den Anlagen 1 und 2 dieser Landesbürgschaftsrichtlinien.
- 7 Antragstellung
- 7.1 Alle Anträge auf Übernahme einer Landesbürgschaft sind grundsätzlich formlos über den Kreditgeber beim Mandatar der Bürgen zur Bearbeitung zu stellen.

- 7.2 Es sind Bescheinigungen des zuständigen Finanzamtes, der gesetzlichen Krankenkassen und der gesetzlichen Unfallversicherung beizubringen, aus denen hervorgeht, ob und in welcher Höhe Steuerrückstände (gestundete oder fällige Beiträge mit Fälligkeitsdatum) bei der Antragstellerin bzw. dem Antragsteller und ggf. dessen Gesellschaftern bestehen. Darüber hinaus hat die Antragstellerin bzw. der Antragsteller die Finanzbehörden durch gesonderte schriftliche Erklärung von der Verpflichtung zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung) gegenüber den am Bürgschaftsverfahren des Landes Berlin beteiligten Stellen für den Zeitraum vom Abschluss des Kreditvertrages bis zur Beendigung der Laufzeit der Bürgschaft zu entbinden. Diese Erklärung ist im Falle der Zusammenveranlagung vom Ehegatten zu unterzeichnen.
- 7.3 Dem Antrag ist eine Bereitschaftserklärung der kreditgebenden Institution zur Kreditgewährung beizufügen. Diese muss eine Angabe zur Höhe der benötigten Landesbürgschaft sowie eine Beurteilung der Antragstellerin bzw. Antragstellers und des Antrages durch die kreditgebende Institution enthalten. Diese Beurteilung hat auf Grundlage der wirtschaftlichen Verhältnisse und deren voraussehbarer künftiger Entwicklung sowie der vorhandenen Besicherungsmöglichkeiten zu erfolgen.
- 8 Bearbeitung von Bürgschaftsanträgen
- 8.1 Der Mandatar bearbeitet und prüft unmittelbar alle Bürgschaftsanträge. Eine vorherige Anfrage bei den Senatsverwaltungen ist nicht erforderlich.
- 8.2 Er holt von der für Wirtschaft zuständigen Senatsverwaltung und der zuständigen berufsständischen Vertretung, z.B. der Industrie- und Handelskammer oder der Handwerkskammer, eine Äußerung darüber ein, ob die Übernahme der Bürgschaft für den Kredit von volkswirtschaftlichem Interesse ist. Die fachliche Äußerung kann sich auch auf betriebswirtschaftliche und bankmäßige Fragen erstrecken.
- 9 Entscheidung über Bürgschaftsanträge
- 9.1 Über den Antrag auf Übernahme einer Landesbürgschaft berät der Landesbürgschaftsausschuss auf der Grundlage eines Gutachtens des Mandatars.
- 9.2 Dem Landesbürgschaftsausschuss gehören als ständige Mitglieder an:
- eine Vertreterin oder ein Vertreter der für Wirtschaft zuständigen Senatsverwaltung (Vorsitz),
 - eine Vertreterin oder ein Vertreter der Senatsverwaltung für Finanzen und
 - je eine Vertreterin oder ein Vertreter des Bankensektors, der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer und der Wirtschaftsprüferkammer.
- 9.3 Über den Bürgschaftsantrag berät der Landesbürgschaftsausschuss in Sitzungen, an denen der Mandatar mit beratender Stimme teilnimmt. Kreditgeber und Antragsteller sind verpflichtet, den Bürgschaftsantrag im Bürgschaftsausschuss - ggf. unter Hinzuziehung externer Beratung - zu vertreten. Weitere Sachverständige können zu den Sitzungen hinzugezogen werden. Der Mandatar erstellt über den Sitzungsverlauf ein Protokoll.

- 9.4 Als Ergebnis seiner Beratung beschließt der Landesbürgschaftsausschuss mit Stimmenmehrheit Empfehlungen zu den vorgelegten Anträgen. Bei Stimmengleichheit erfolgt eine ablehnende Empfehlung. Die Senatsverwaltung für Finanzen hat ein Vetorecht.
10. Bürgschaftsbewilligung
- 10.1 Über die Bewilligung der Bürgschaft entscheidet die Senatorin bzw. der Senator für Finanzen auf der Grundlage der Empfehlung des Landesbürgschaftsausschusses im Einvernehmen mit der für Wirtschaft zuständigen Senatsverwaltung.
- 10.2 Bei Bewilligung wird eine Bürgschaftszusage erteilt, die einen Widerrufsvorbehalt enthält und mit Bedingungen und Auflagen versehen werden kann.
- 10.3 Die Entscheidung über den Bürgschaftsantrag wird der Antragstellerin bzw. dem Antragsteller, der kreditgebenden Institution bzw. der Treuhänderbank sowie den Mitgliedern des Landesbürgschaftsausschusses über den Mandatar bekannt gegeben.
- 10.4 Die Bewilligung wird unwirksam, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach deren schriftlicher Bekanntgabe ein Kreditvertrag abgeschlossen und dem Mandatar zugeleitet worden ist, es sei denn, der Mandatar gewährt in Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Finanzen Fristverlängerung oder es sind ausdrücklich andere Fristen festgelegt worden.
- 10.5 Im Kreditvertrag müssen die sich aus dem Bewilligungsbescheid ergebenden Einzelheiten sowie die „Allgemeinen Bedingungen für den Kreditvertrag“ nach Anlage 1 dieser Bürgschaftsrichtlinien berücksichtigt sein.
- 10.6 Antragstellerin bzw. Antragsteller und kreditgebende Institution haben dem Mandatar vor Annahme der Bürgschaftsurkunde zu bestätigen, dass seit der Empfehlung des Landesbürgschaftsausschusses keine Entwicklungen eingetreten sind, die eine Gefährdung des zu verbürgenden Kredites zur Folge haben könnten.
- 10.7 Sind nach Bewilligung der Bürgschaft, aber vor Aushändigung der Urkunde Umstände bekannt geworden, bei deren Kenntnis das Land die Bewilligung in Ausübung seines pflichtgemäßen Ermessens nicht erteilt hätte, insbesondere wenn eine ordnungsgemäße Bedienung des verbürgten Kredites nicht zu erwarten ist, so behält sich das Land das Recht auf Widerruf bzw. Rücknahme der Bürgschaftsbewilligung vor (Nummer I.10.1 und I.10.2 dieser Richtlinien). Die §§ 48, 49 des Verwaltungsverfahrensgesetzes bleiben im Übrigen unberührt.
- 10.8 Die Entscheidung über den Widerruf oder die Rücknahme wird in entsprechender Anwendung von Nummer I.10.1 dieser Richtlinien getroffen.
11. Bürgschaftsübernahme
- 11.1 Sofern der Kreditvertrag die im Zusammenhang mit der Bürgschaftsbewilligung notwendigen Festlegungen (Nummer I.10.5 dieser Richtlinien) berücksichtigt, veranlasst der Mandatar die Ausstellung der Bürgschaftsurkunde und übersendet diese zur Unterzeichnung an die Senatsverwaltung für Finanzen

und die für Wirtschaft zuständige Senatsverwaltung. Zum wesentlichen Inhalt der Bürgschaftsurkunde gehören die „Allgemeinen Bedingungen für den Bürgschaftsvertrag“ nach Anlage 2 der Bürgschaftsrichtlinien, soweit im Einzelfall keine davon abweichenden Vereinbarungen getroffen werden.

- 11.2 Die Bürgschaft wird wirksam, wenn der kreditgebenden Institution die Bürgschaftsurkunde ausgehändigt worden ist und sie die Bürgschaftsurkunde annimmt.

12. Vertraulichkeit

Alle am Bürgschaftsverfahren Beteiligten sind – auch nach Beendigung ihrer Mitwirkung – zur Verschwiegenheit über die ihnen in dieser Eigenschaft bekannt gewordenen Angelegenheiten verpflichtet und unterschreiben zu diesem Zwecke eine Vereinbarung zur Verschwiegenheitspflicht.

13. Anpassungsklausel

Die Senatsverwaltung für Finanzen kann im Einvernehmen mit der für Wirtschaft zuständigen Senatsverwaltung Ausnahmen und Abweichungen von diesen Richtlinien zulassen.

14. Inkrafttreten

Diese Richtlinien treten mit Wirkung vom 01.05.2022 in Kraft.

II. Teil: Gesunde Unternehmen

1. Rechtsgrundlage

Bürgschaften zugunsten gesunder Unternehmen werden nach diesen Richtlinien als freigestellte Beihilfen auf der Grundlage der „De-minimis“-Verordnung (EU) Nr. 651/2014 oder auf der Grundlage der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (EU) Nr. 1407/2013 (AGVO), die in ihrer jeweils geltenden Fassung integraler Bestandteil dieser Richtlinien sind, vergeben.

2. Verwendungszweck

- 2.1 Die Bürgschaft für Unternehmen kann zur Besicherung von Avalen und Krediten für folgende Vorhaben gewährt werden:

- a. Erstinvestitionen,
- b. betriebsgerechte Finanzierung von Investitionen,
- c. Bereitstellung von Mitteln zur Finanzierung des laufenden Geschäftes.

- 2.2 Landesbürgschaften werden für Vorhaben gewährt, deren Durchführung für das Land Berlin von volkswirtschaftlichem Interesse ist.

3. Antragsberechtigung

Antragsberechtigt sind neben denen in Nummer I.3 Genannten auch Personen, die sich mit Hilfe des landesverbürgten Kredits an Unternehmen beteiligen wollen, in denen sie in leitender Funktion tätig sind.

4. Zusätzliche Regelung zur Antragstellung

Anträge auf Übernahme einer Landesbürgschaft sind so rechtzeitig zu stellen, dass eine angemessene Risikoprüfung durch den Mandatar und den Landesbürgschaftsausschuss möglich ist.

5. Ausgestaltung der Bürgschaft

5.1 Die Bürgschaften des Landes werden als Ausfallbürgschaften mit Begrenzung auf einen Höchstbetrag übernommen.

5.2 Die Bürgschaft ist für gesunde Unternehmen auf 70 v.H. des Ausfalls beschränkt. Den kreditgebenden Institutionen verbleibt somit ein Eigenobligo von mindestens 30 v.H. In besonderen Fällen kann die Bürgschaft bis zur Höhe von 80 v.H. des Ausfalls übernommen werden.

6. Laufzeit

Die Laufzeit der Bürgschaft darf 15 Jahre, beginnend mit dem 1. Januar, der auf den Tag der Aushändigung der Bürgschaftsurkunde folgt, nicht überschreiten, es sei denn, es handelt sich um Bürgschaften zur Binnenschifffinanzierung, Baufinanzierung oder um Programmkredite der Förderbanken. Die maximale Laufzeit beträgt dann 23 Jahre.

7. Sicherheiten

7.1 Der zu verbürgende Kredit ist in zumutbarem Umfang zu besichern.

7.2 Personen, die kraft ihrer Stellung als Gesellschafterin oder Gesellschafter wesentlichen Einfluss auf das antragstellende Unternehmen ausüben können, sollen grundsätzlich ganz oder teilweise für den zu verbürgenden Kredit mithaften.

7.3 Das Land behält sich vor, im Einzelfall die Mithaftung Dritter zu verlangen. Im Übrigen bleiben abweichende Regelungen vorbehalten.

III. Teil: Unternehmen in Schwierigkeiten

1. Rechtsgrundlage

1.1 Die Gewährung von Landesbürgschaften zur Rettung und Umstrukturierung kleiner und mittlerer Unternehmen in Schwierigkeiten erfolgt auf Grundlage der Bundesrahmenregelung zur Rettung und Umstrukturierung², die integraler Bestandteil dieser Richtlinien ist. Wann ein Unternehmen als ein Unternehmen in Schwierigkeiten anzusehen ist, ist § 2 der Bundesrahmenregelung zur Rettung und Umstrukturierung zu entnehmen. Für die Bestimmung eines „kleinen und mittleren Unternehmens“ wird insbesondere auf § 1 der Bundesrahmenregelung zur Rettung und Umstrukturierung verwiesen.

- 1.2 Einem Unternehmen in Schwierigkeiten, das sich weder in einem Insolvenzverfahren befindet, noch die Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens auf Antrag seiner Gläubiger erfüllt, kann eine Bürgschaft auch nach Maßgabe der „De-minimis“-Verordnung in der jeweils geltenden Fassung gewährt werden.
- 1.3 Die Übernahme einer Bürgschaft erfolgt nach Maßgabe dieser Richtlinien und allgemeiner haushaltsrechtlicher Bestimmungen sowie der sog. Rettungs- und Umstrukturierungsleitlinien der Europäischen Kommission in der zum Zeitpunkt der Bürgschaftsbewilligung geltenden Fassung. Bei der Auslegung dieser Richtlinien ist in Zweifelsfällen die Bundesrahmenregelung zur Rettung und Umstrukturierung maßgeblich.

² Bundesrahmenregelung für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung kleiner und mittlerer Unternehmen in Schwierigkeiten vom 15. Januar 2015.

2 Verwendungszweck

- 2.1 Im Rahmen dieses Teils der Richtlinien werden ausschließlich Rettungsbürgschaften, Umstrukturierungsbürgschaften oder vorübergehende Umstrukturierungsbürgschaften an die insoweit förderfähigen Unternehmen gewährt.
- 2.2 Es gilt der Grundsatz der einmaligen Rettungs- und Umstrukturierungsbürgschaft, wobei als Bezugsperiode ein Zehnjahreszeitraum verwendet wird. Änderungen der Eigentumsverhältnisse eines Unternehmens durchbrechen diesen Grundsatz nicht, soweit es um die Weiterführung ein und desselben Unternehmens geht. Im Übrigen wird auf die Regelungen in § 10 der Bundesrahmenregelung zur Rettung und Umstrukturierung verwiesen.

3 Antragsvoraussetzungen

- 3.1 Vorgaben und Voraussetzungen für die Gewährung von Rettungsbürgschaften, Umstrukturierungsbürgschaften und vorübergehende Umstrukturierungsbürgschaften ergeben sich insbesondere aus den §§ 4 bis 12 der Bundesrahmenregelung zur Rettung und Umstrukturierung.
- 3.2 In Ergänzung zu den allgemeinen Antragsvoraussetzungen wird bei der Umstrukturierungsbürgschaft vorausgesetzt, dass der Bürgschaftsentscheidung ein schlüssiger Umstrukturierungsplan zu Grunde liegt, der geeignet ist, die langfristige Rentabilität des Unternehmens innerhalb eines angemessenen Zeitraums wiederherzustellen.

4 Ausgestaltung der Bürgschaft

- 4.1 Landesbürgschaften sind grundsätzlich Ausfallbürgschaften, die auf einen bestimmten Vomhundertsatz des Ausfalls beschränkt sind.
- 4.2 Die Bürgschaftsquote wird im Einzelfall festgesetzt.
- 4.3 Die Bürgschaft ist auf höchstens 90 v. H. des Ausfalls beschränkt. Den kreditgebenden Institutionen verbleibt somit ein Eigenobligo von mindestens 10 v. H.

5 Laufzeit

- 5.1 Bei Rettungshilfen darf die Laufzeit der Bürgschaft maximal 6 Monate betragen.
- 5.2 Bei vorübergehenden Umstrukturierungshilfen gemäß § 12 der Bundesrahmenregelung zur Rettung und Umstrukturierung darf die Laufzeit 18 Monate nicht überschreiten.
- 5.3 Umstrukturierungshilfen können für den für die Wiederherstellung der langfristigen Rentabilität erforderlichen Zeitraum gewährt werden.
- 5.4 Die dauerhafte Unterstützung eines Unternehmens in Schwierigkeiten ist ausgeschlossen.

6 Sicherheiten

- 6.1 Vorhandene bankmäßige Sicherheiten sind zur zusätzlichen Absicherung heranzuziehen. Die Bestellung von Sondersicherheiten jeglicher Art, insbesondere für den Risikoanteil der kreditgebenden Institution, ist unzulässig.
- 6.2 Bei Einzelfirmen und Personengesellschaften sollen persönlich haftende Gesellschafterinnen und Gesellschafter die Mithaftung für den verbürgten Kredit übernehmen. Soweit es unter Berücksichtigung der gesellschaftsrechtlichen Verhältnisse geboten erscheint, soll bei Kommanditgesellschaften auch die Mithaftung der Kommanditistinnen und Kommanditisten für den verbürgten Kredit verlangt werden.
- 6.3 Bei Kapitalgesellschaften sollen die Personen, die Kraft ihrer Stellung als Gesellschafterin oder Gesellschafter wesentlichen Einfluss auf das Unternehmen ausüben können, die Mithaftung für den verbürgten Kredit ganz oder teilweise übernehmen.